

An
Bundespräsident Alexander Van der Bellen
Bundeskanzler Christian Stocker
Außenministerin Beate Meinl-Reisinger

Wien, 17. September 2025

Betreff

Ärzt:innen können einen Genozid nicht stoppen – Regierungen schon.

Sehr geehrter Herr Bundespräsident Alexander Van der Bellen!
Sehr geehrter Herr Bundeskanzler Christian Stocker!
Sehr geehrte Frau Außenministerin Beate Meinl-Reisinger!

Wenn sich nächste Woche die Staats- und Regierungschefs bei den Vereinten Nationen versammeln, fordern wir alle Mitgliedstaaten auf, im Einklang mit dem Auftrag zu handeln, den die UN vor 80 Jahren erhalten hat.

Vor Beginn der Bodenoffensive in Gaza-Stadt haben die israelischen Behörden eine Million Menschen zur Evakuierung aufgefordert. Für ältere, kranke, hochschwangere oder verletzte Menschen ist es aber unmöglich, die Stadt zu verlassen. Ein Todesurteil.

Wer überlebt, erreicht überfüllte Gebiete im Zentrum und Süden des Gazastreifens, die ebenfalls nicht sicher sind – dort fehlt es an allem. Was in Gaza geschieht, ist nicht nur eine humanitäre Katastrophe, sondern die systematische Zerstörung eines Volkes. Israel begeht in Gaza Völkermord an den Palästinenser:innen.

Laut Angaben des Gesundheitsministeriums wurden bisher mehr als 64.000 Menschen getötet, darunter 20.000 Kinder. Ganze Familien wurden ausgelöscht. Gesundheitspersonal getötet. Journalist:innen gezielt angegriffen.

Schwere Waffen, für offene Schlachtfelder konzipiert, werden in dicht besiedelten Gebieten eingesetzt, wo Menschen in Zelten Schutz suchen. *Ärzte ohne Grenzen* behandelt die daraus resultierenden verheerenden Verletzungen.

Die israelischen Behörden haben das Gesundheitssystem in Gaza systematisch ins Visier genommen. Sie bombardieren Krankenhäuser und gefährden das Leben von medizinischem Personal und Patient:innen – mutmaßlich Kriegsverbrechen.

Mehr als 1.500 Mitarbeiter:innen des Gesundheitswesens wurden getötet, auch 13 unserer Kolleg:innen. Die wenigen verbleibenden Krankenhäuser sind überfüllt und unterversorgt. Die Behörden haben Gaza vollständig abgeriegelt. Es fehlt an Lebensmitteln, Wasser, Unterkünften, medizinischen Gütern, Treibstoff. Diese Politik hat ihr grausames Ziel erreicht: Es herrscht offiziell eine Hungersnot. Besonders betroffen sind Kinder und schwangere Frauen.

Die wenige Nahrungsmittelhilfe wird als Waffe eingesetzt. Die von Israel geführten und den USA finanzierten Verteilstellen der Gaza Humanitarian Foundation sind Orte des Tötens und der Entmenschlichung. Seit der Gründung der GHF Ende Mai wurden nach UN-Angaben mindestens 1.400 Menschen getötet und 4.000 weitere verletzt, als sie sich für Essen anstellten.

Wir haben Kinder behandelt, denen beim Anstellen für Nahrung in die Brust geschossen wurde, viele Menschen wurden in Panik und Gedränge erstickt oder erdrückt.

Die absichtliche Verknappung von Wasser begünstigt die Ausbreitung von Krankheiten. Wir könnten die Versorgung mit sauberem Trinkwasser erhöhen, werden aber regelmäßig daran gehindert.

Regierungen weltweit tragen eine Mitschuld an diesem Völkermord – durch politische, militärische oder materielle Unterstützung Israels oder auch durch Schweigen. Sie haben die moralische und rechtliche Pflicht, zu handeln. Das legt auch die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes fest, die Österreich ratifiziert hat. Es braucht echten politischen Druck statt leerer Worte. Die Staaten müssen einen Waffenstillstand und die Aufhebung der Belagerung durchsetzen, und sicherstellen, dass Israel unverzüglich und uneingeschränkt unabhängige humanitäre Hilfe zulässt. Patient:innen, medizinische Einrichtungen und Gesundheitspersonal müssen geschützt werden. Tausende Menschen können in Gaza nicht mehr oder nicht mehr adäquat medizinisch versorgt werden. Hier muss auch Österreich Solidarität zeigen und Patient:innen aus Gaza zur medizinischen Behandlung aufnehmen. Patient:innen, die sonst sterben werden.

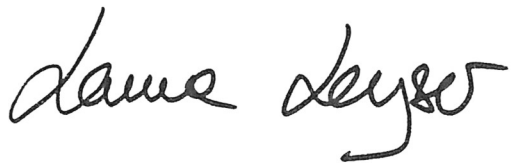
Alle Staaten müssen Waffenlieferungen stoppen, die zum Töten von Menschen und zur Zerstörung ziviler Infrastruktur in Gaza eingesetzt werden.

Die Angriffe der Hamas im Oktober 2023 waren entsetzlich. Auch alle verbliebenen Geiseln müssen freigelassen werden, ebenso wie Palästinenser:innen, die willkürlich inhaftiert sind.

Jeden Tag sehen sich unsere 1.118 Kolleg:innen in Gaza mit der verheerenden Realität konfrontiert, dass sie einen Völkermord nicht verhindern können. Die Staats- und Regierungschef:innen dieser Welt können das, wenn sie sich zum Handeln entschließen. Zwei Jahre nach Beginn dieser unerbittlichen und extremen Gewalt sind die politischen Entscheidungen dafür überfällig – deshalb appellieren wir an Sie,

auch im Namen von über 20.000 Menschen, die unsere Petition unterzeichnet haben. Nutzen Sie die Generalversammlung der Vereinten Nationen kommende Woche, um zu handeln. Werden Sie aktiv und stoppen Sie den Genozid in Gaza!

Mit freundlichen Grüßen,



Laura Leyser, Geschäftsführerin von Ärzte ohne Grenzen Österreich